

1932
n
h e
arn
ci
chl.
er
d
er
inet
gen
auf-
gelte
tzen
Noch-
18 30
hwer
unde
eltern
renen
Vieder
hung-
stell.
er bei
ein
r Film
und
ander
den
endelt
gmer-
eude.
lobst
im in
rüber-
riebe
lichen.
n
0001
an
nder
stalt.
b beln
Dorje
Barna
a Toppid
rier
inbe
Belien.
ge
i. Stock
n, Mädel
aren
haltungen
a Preisen
am pten
den lada
Dind
Tel. 10048
age
ER
kauf
raße 24
he wie:
ld" usw.
e stark
oggesetzt

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Richard Dörmann
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadt Dresden
Postfach 1000
Telefon 1000

Bezugspreis: Bei regelmäßiger Bestellung monatlich 2.00 RM. (einschließlich 70 Pf. für Zustellung), bei halbjährlicher 10.00 RM. (einschließlich 3.50 RM. für Zustellung), bei vierteljährlicher 5.00 RM. (einschließlich 1.75 RM. für Zustellung). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 5 Pf. für Zustellung). Ausland: Bei halbjährlicher 12.00 RM. (einschließlich 4.00 RM. für Zustellung), bei vierteljährlicher 6.00 RM. (einschließlich 2.00 RM. für Zustellung). Einzelhefte 15 Pf. (einschließlich 7 Pf. für Zustellung). Abbestellung: Bei halbjährlicher 10.00 RM., bei vierteljährlicher 5.00 RM. (einschließlich 1.75 RM. für Zustellung). Abbestellung ohne Nachzahlung 15 Pf. (einschließlich 7 Pf. für Zustellung). Abbestellung gegen Vorauszahlung.

Druck: Richard Dörmann & Co.
Dresden, Postfach 1000
Telefon 1000

England wünscht deutsches Einlenken Schon wieder Kompromißler am Werk

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Sept. Das außenpolitische Interesse richtet sich nach dem Notenwechsel in der letzten Zeit in besonders hohem Maße auf die bevorstehenden Genfer Beratungen des Völkerbundesrates. Der deutsche Reichsaußenminister v. Neurath ist bereits abgereist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er vor seinem Entreffen in Genf an einem bisher noch unbekanntem Ort eine Aussprache mit dem italienischen Außenminister haben wird. Der 21. und 22. morgen oder übermorgen ebenfalls in Genf eintreffen. Der englische Außenminister Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz ist, hält sich bereits in Genf auf und wird morgen die Sitzung des Abrüstungskonferenzen eröffnen, an deren Arbeiten Deutschland nicht teilnimmt.

Die Bemühungen der Engländer, Deutschland wieder an den Abrüstungsverhandlungen zurückzuführen, werden inzwischen mit großem Eifer fortgesetzt.

Während die Reichsregierung entschlossen ist, diesen Bemühungen Widerstand zu leisten, scheinen im Auswärtigen Amt bereits heute gewisse Bestrebungen dahin zu gehen, den Abrüstungskonferenz dadurch zu entschärfen, daß Deutschland in irgendeiner Form sich an den Abrüstungsverhandlungen wieder beteiligt. Es scheint an der Zeit, vor einer derartigen Kompromißpolitik, auch wenn sie sich zunächst nur sehr undeutlich abzeichnet, auf das Ernsteste zu warnen.

Henderson mahnt die Alliierten

Ein sensationeller Artikel des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz

London, 20. Sept. In einem Artikel der „New Chronicle“ befaßt sich der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, eingehend mit dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung. Nachdem er die Hoffnung ausgesprochen hat, daß nach den allgemeinen Entwürfen über das mögliche Ergebnis der ersten Teil der Konferenz ein wirklicher Fortschritt im Sinne einer praktischen und allgemeinen Abrüstung gemacht wird, erklärt er, daß die wirklich kritische Frage, mit der sich das allgemeine Büro der Abrüstungskonferenz zu befassen habe, diejenige sei, die sich aus dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung ergebe. Sie sei eine Angelegenheit, die man nicht übersehen und umgehen könne, und das Büro werde sich ihrer Dringlichkeit bewußt sein und den möglichen Auswirkungen auf die Arbeit der Konferenz nicht gleichgültig gegenüberstehen. Da die starke Enttäuschung der deutschen Abordnung über die mangelnde Berücksichtigung ihrer mehrfach vorgebrachten Forderungen während des ganzen ersten Abschnittes der Konferenz allgemein bekannt gewesen sei, so habe niemand auf der Abrüstungskonferenz davon übersehen sein können, daß diese Frage nunmehr dringlich in den Vordergrund getreten werde.

Der 18 Jahre lange Kampf der Underwertigkeit habe im deutschen Volke Entrüstung hervorgerufen müssen, die sich durch Nichterfüllung der von den alliierten Mächten gegebenen Versprechungen noch verstärkt habe.

Im Hinblick auf die von den alliierten und assoziierten Mächten eingegangenen Verpflichtungen könne es nur eine Antwort auf den deutschen Anspruch geben, die sich nicht nur mit der Ehre, sondern auch mit der Erhaltung der antiken internationalen Beziehungen vereinbaren lasse und in Uebereinstimmung mit dem Ziel stehe, um besitzentwillen sich die Nationen zur Abrüstungskonferenz zusammenzufinden. Die geheuten Erwartungen hätten sich auf ein Versprechen, das von den Alliierten gegeben worden und das schon viel zu lange unerfüllt geblieben sei. Die Frage verlange sofortiges und großzügiges Handeln. Die Mächte, die direkt interessiert sind, könnten sie sofort erledigen.

durch die freiwillige Erfüllung, daß sie beachtlichen, der in Versailles eingegangenen Verpflichtung nachzukommen.

Eine solche Handlungsweise würde viel dazu beitragen, das deutsche Volk und die Völker der anderen Länder davon zu überzeugen, daß die Mitgliedschaft im Völkerbund tatsächlich die Gewähr der Rechte, der Pflichten und der Verantwortlichkeit auf sich bedeutet. Sie würde eine endgültige Antwort auf die deutsche Forderung nach Rättsmäßigkeit sein und die Erreichung des Zieles der Abrüstungskonferenz ganz beträchtlich erleichtern.

Amerika treibt ein Doppelspiel

New York, 20. Sept. Entgegen den ersten Washingtoner Meldungen, daß der Streit um die deutsche Gleichberechtigungsforderung von Amerika als europäische Angelegenheit angesehen werde, und daß die amerikanische Regierung eine Einmischung ablehne, berichten neue amerikanische Telegramme aus Paris, daß eine weitgehende Uebereinstimmung in den Botschaften zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Herriot einerseits, dem amerikanischen Botschafter in Paris, Lodge, und dem bekannten Senator Reed auf der anderen Seite gefunden worden sei.

Lodge und Reed hätten Herriot erklärt, daß die Vereinigten Staaten den Zeitpunkt für die Erklärung des

deutschen Verlangens auf Gleichberechtigung als ungelogen ansehen,

und daß das Volk der Vereinigten Staaten eine Regelung der von Deutschland angebotenen Frage lieber auf der Genfer Abrüstungskonferenz wünsche. Außerdem müsse man auf der Heiligkeit der Verträge bestehen. Diese Meldung steht im krassen Gegensatz zu den Verlautbarungen aus der Umgebung Hoover's, die angeblich angeht die Novembertrifft eine Doppelrolle spielt.

Dem eigenen Volk gegenüber wird erklärt, daß eine Einmischung in die europäischen Angelegenheiten nicht statifinde, während die Regierung gleichzeitig in Europa auswärts tätig ist.

Anscheinend will die Hoover-Regierung einen Abrüstungserfolg erzwingen, um damit bei den Novemberwahlen aufwarten zu können und um so später dem eigenen Volke gegenüber die unvermeidliche Herabsetzung der Kriegsschulden begründen zu können. Die geistlich verbräute Meldung aus Paris, daß das Volk der Vereinigten Staaten auf der Heiligkeit der Verträge bestehen müsse, ist durchaus irreführend, da die deutsche Haltung in weiten Kreisen Amerikas vollstes Verständnis findet. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die alliierten Mächte das alte Mittel der Drohungen anwenden, um die deutsche Regierung zu erpressen und so den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz am Leben zu erhalten.

Ein Fünfjahresplan des Verkehrsministers

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Sept. In den Verhandlungen um das Wirtschaftsprogramm, die augenblicklich zwischen den einzelnen Reichsministerien geführt werden, spielt auch ein sogenannter Fünfjahresplan eine Rolle, der vom Reichsverkehrsministerium aufgestellt worden ist. Es handelt sich in erster Linie um Wasser- und Kanalarbeiten, und zwar um die Fortführung des Mittelkanals, des Dortmund-Ems-Kanals und des Rhein-Herne-Kanals. Ferner sind in Aussicht genommen wichtige Arbeiten im Osten der Elbe, und zwar zunächst die Regulierung der unteren Savel, damit das umliegende Land vor der Versumpfung bewahrt wird. Es handelt sich um eine Bodenfläche von nicht weniger als 96 000 Hektar.

Das größte Unternehmen in diesem Fünfjahresplan stellt jedoch die Trockenlegung des Frischen Gaffs in Ostpreußen dar.

Diese Trockenlegung bezweckt die Gewinnung von Ackerland und dürfte für Ostpreußen von ungeheurer Bedeutung sein. Wir brachten, wie erinnerlich, hierüber vor kurzem einen eingehenden sachmännlichen Artikel.

Zum Teil sind diese Pläne bereits im Etat vorgeesehen, zum anderen Teil werden sie in die nächsten Etats eingestellt werden. Auffällig an dem Fünfjahresplan ist, daß Projekte, die das Land Sachsen angehen und dringend der Ausführung bedürfen, nicht in ihm enthalten sind. Es muß Verwunderung erregen, wenn zum Beispiel die Frage der Gottleuba- und Mühlitalperre und ähnlicher gewichtiger Aufgaben nicht einmal auch nur in Betracht gezogen worden ist.

Preussischer Landtag und Reichsregierung

Die Besprechung beim Reichspräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Sept. Ueber die geistige gemeinsame Aussprache des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des preussischen Landtagspräsidenten Kerrl werden jetzt auch von zutüchtiger Stelle einige Mitteilungen gemacht. Eine besonders wichtige Rolle in dieser Aussprache haben die Beschlüsse des Preussischen Landtags gespielt, die sich gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten richteten. So hatte zum Beispiel der Preussische Landtag einen Beschluß gefaßt, demgemäß die Notverordnung aufgehoben werden soll, durch die der Reichspräsident den Reichskommissar in Preußen eingesetzt hat. Der Reichspräsident hat, wie jetzt bekannt ist, dem preussischen Landtagspräsidenten nicht im unklaren darüber geäußert,

daß der Landtag nicht zuständig sei, Beschlüsse über Notverordnungen zu fassen, die er erlassen habe.

Ferner hat ein Beschluß des Preussischen Landtages eine große Rolle gespielt, der durch die Annahme eines Kommissars im Antrage zustande gekommen ist. In diesem Beschluß wird festgestellt, daß die preussischen Beamten nicht verpflichtet seien, den Anordnungen der preussischen kommissarischen Regierung Folge zu leisten. Der Reichskanzler hat in Anwesenheit des Reichspräsidenten geäußert, daß dieser Antrag unter allen Umständen zurückgenommen werden müsse. Auch in der Wilhelmstrasse wird heute darauf verwiesen, daß ein derartiger Beschluß alle Grundlagen des Staates untergrabe, daß es

bei diesem Beschluß unter keinen Umständen bleiben könne und daß man deshalb annehme, daß der preussische Landtagspräsident und der Preussische Landtag den Ernst der durch diese Vorkommnisse geschaffenen Situation zu würdigen wissen werden. Angesichts des bevorstehenden Zusammentritts des Preussischen Landtags, der ja bestritten wird, nunmehr eine Ministerpräsidentenwahl vorzunehmen, gewinnt der Konflikt, der hier seinen Ursprung hat, erhöhte politische Bedeutung. Es kann sehr wohl sein, daß der Reichspräsident und mit ihm die Reichsregierung feindseligen Beschlüssen, die zur Regierungsbildung in Preußen führen, anerkennen werden.

wenn die vom Reichspräsidenten beanstandeten Landtagsbeschlüsse nicht rückgängig gemacht werden.

Wie wir weiter dazu hören, hat im Zusammenhang damit in dieser Unterredung der preussische Landtagspräsident Kerrl darauf verwiesen, daß der beanstandete Beschluß nicht zustande gekommen sei, während er das Präsidium geführt habe. Während dieser Abstimmung habe vielmehr der Vizepräsident Dr. v. Kries dem Landtage präsidiert. Landtagspräsident Kerrl hat weiter erklärt, daß er die Abstimmung über den beanstandeten Antrag niemals zugelassen haben würde. Seht sich diese Auffassung bei der Mehrheit des Preussischen Landtages durch, dann darf wohl damit gerechnet werden, daß der neue Konfliktstoff durch Aufhebung der Beschlüsse ausgeräumt wird. Andernfalls werden wohl Reichspräsident und Reichsregierung gegenüber allen weiteren Maßnahmen des Preussischen Landtags dieselbe Haltung einnehmen wie gegenüber den Ausschüssen des Reichstages.

Staatsgerichtshof erst am 6. Oktober

Berlin, 20. Sept. Der Termin vor dem Staatsgerichtshof, in dem über die Klage der preussischen Minister wegen der Einsetzung des Reichskommissars entschieden werden soll, wird nochmals eine Vertagung erfahren. Die Verhandlung, deren Beginn für den 20. September in Aussicht genommen war, wird voraussichtlich erst am 6. Oktober beginnen. Im Reichsrat besteht unter diesen Umständen die ungeklärte Lage fort. Weder das Reichsratsplenum, noch Ausschüsse des Reichsrats sind bisher zu Sitzungen einberufen worden. Da dringlicher Arbeitsstoff zur Zeit für den Reichsrat nicht vorliegt, wird man auch in der nächsten Zeit noch die Einberufung des Reichsrats nach Möglichkeit vermeiden. Eine Reichsratsitzung vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes würde jedenfalls den Konflikt mit aller Schärfe von neuem wieder aufleben lassen, da die bisherigen preussischen Reichsratsbevollmächtigten nach wie vor allein für sich das Recht in Anspruch nehmen, Preußen im Reichsrat zu vertreten.

Konferenz der Finanzminister der Länder

Berlin, 20. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers von Schwerin-Krosigk verammeln sich am Dienstagvormittag die Finanzminister der Länder. Thema der Aussprache sind die technischen Einzelheiten des großen Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung und die

Ansarbeitung einheitlicher Richtlinien sowohl für die Arbeitsbeschaffung als auch für die Steueranreicherungsbekämpfung.

In den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium ist auch der künftige Finanzminister Dr. Dörmann in Berlin eingetroffen, der vom Ministerialdirektor Dr. Börsig begleitet ist. Neben den Fragen des Wirtschaftsprogramms wird übrigens auch die Finanz- und Verwaltungsreform, ferner die bedrohliche Finanzlage der Gemeinden und schließlich die Verteilung des in der letzten Notverordnung enthaltenen Grenzlandfonds in Höhe von 50 Millionen Mark erörtert werden. Es ist selbstverständlich, daß Sachsen einen entsprechenden Anteil an diesen 50 Millionen beansprucht.

Der Zentralausschuß der Reichsbank einberufen

Berlin, 20. Sept. Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf morgen, Mittwoch, den 21. Sept., 11 Uhr, einberufen. Wie wir hierzu aus Bankkreisen hören, dürfte nach Aufhebung der Diskontbindung die Frage einer Diskontsenkung um ein Prozent erörtert werden.

Neuwahl endgültig am 6. November

Berlin, 20. Sept. Reichspräsident von Hindenburg hat durch Verordnung vom heutigen Tage bestimmt, daß die Neuwahl des Reichstages am 6. November 1932 stattfindet.